

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,  
geehrte Kolleginnen und Kollegen,

auch für den Haushalt 2011 muss man wieder feststellen: Eine aktive **Förder- und Medienpolitik** der Landesregierung findet nicht statt. Man verlässt sich allein auf die **Nordmedia**. Deren Erfolge nimmt man natürlich für sich in Anspruch. Man hinterfragt nicht, sind die Ziele der **Filmförderung** in Niedersachsen eigentlich erreicht? Konnte der Medienstandort Niedersachsen und vor allem die unabhängigen Produzenten und Filmschaffenden – unabhängig vom NDR – gestärkt werden? Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf. Das hat auch die **Medienklimastudie** gezeigt. Die **kulturelle Filmförderung** ist mit den Jahren fast völlig unter die Räder gekommen.

Fast nebenbei haben wir noch ein großes Problem, das die Landesregierung anscheinend überhaupt nicht beunruhigt. Denn die **Finanzierung von Nordmedia** erfolgt mit 1,7 Mio. Euro fast vollständig aus den Glücksspielabgaben. Wo ist der Plan B, wenn die Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen? Darauf gibt es bisher keine Antwort.

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine geehrten Damen und Herren,

ein wichtiger Baustein unserer Medienlandschaft sind die **Bürgersender**. Deren Ausgangslage ist durch die Novelle des Mediengesetzes nicht verbessert worden. Im Gegenteil. Ihre Arbeit wird schwieriger. Und die Meinungsvielfalt ist mit der Öffnung für **privaten Lokalfunk** nicht gestärkt worden. Die hohe **Verlegerbeteiligung** macht eine wirkliche Belebung des lokalen Medienmarktes unmöglich. Crossmediale Verflechtungen werden nicht zur Kenntnis genommen. Das Mediengesetz hat vor allem den lokalen Werbemarkt für die Verlage erweitert. Welchen Nutzen haben die Bürgerinnen und Bürger von der Novelle? Dies bleibt abzuwarten.

Die **Medienkompetenz** ist und bleibt die große Baustelle dieser Landesregierung. Ich erinnere an die große Anfrage meiner Fraktion. Medienkompetenz ist die **vierte Kulturtechnik**, so wichtig wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Doch Ihre Landesregierung, Herr Ministerpräsident McAllister, sieht hier keinen Ansatz. Ich zitiere aus Ihrer Antwort auf die Große Anfrage: „**Medienkompetenz-Vermittlung kann man nicht steuern. Sie passiert zufällig.**“ Das ist wirklich Unsinn und wird der Aufgabe nicht gerecht.

Es gibt keine nachhaltig angelegte Strategie, kein roter Faden, der die vielen Projekte verbindet und unter ein gestecktes Ziel stellt. Der so genannte Runde Tisch Medienkompetenz und die dargestellte Projektgruppe der Staatskanzlei können dies nicht ersetzen. Unsere Gesellschaft muss lernen, mit den neuen Möglichkeiten des Internets umzugehen.

Es gilt das gesprochene Wort!

Geehrte Damen und Herren,

wird die nachwachsende Generation eigentlich ordentlich vorbereitet aufs Internet? Bringt man Ihnen bei, die gefunden Informationen zu werten? Und wer erklärt den Schülern heutzutage die Mechanismen von Social News oder Sozial Networks? Die jetzige Elterngeneration muss sich auch zurechtfinden in einer Medienwelt, die unübersichtlich geworden ist. Im Internet fällt es vielen schwer, einschätzen zu können, wie relevant eine Information ist. Deshalb müssen wir die Medienkompetenz aktiv fördern, nicht nur beschwören, das trifft auf junge wie auf ältere Menschen zu.

Der von der Mehrheit in diesem Landtag durchgesetzte Jugendmedienschutzstaatsvertrag ist nur ein Placebo. Er hilft weder den Eltern beim Schutz ihrer Kinder noch den Kindern beim Lernen mit dem Medium Internet. Der Jugendmedienschutzstaatsvertrag hat vor allem einen Zweck: die Politik kann Handeln simulieren.

Geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die SPD-Fraktion schlägt daher zusätzlich ein Landesprogramm „**Stärkung der Medienkompetenz**“ vor und setzt damit nicht auf kurzfristige Projekte, sondern auf eine nachhaltige, institutionell verankerte Förderstruktur. Wir haben dafür 1,5 Mio. Euro in den Haushalt 2011 eingestellt. Wir fordern Sie auf: Übernehmen Sie das!

Es gilt das gesprochene Wort!

Wenn über Medienpolitik spricht, dann darf man – last but not least - nicht die **Netzpolitik** vergessen. Netzpolitik wird die Zukunft bestimmen: in der Bildung, der Wissenschaft, der Wirtschaft, in der Kultur sowie in den Medien.

Doch wie weit soll sich der Staat ins Internet einmischen, was muss geregelt werden und was nicht? Wie müssen die **Bürger vorbereitet** werden, um mit der neuen Kommunikationstechnologie, die ja unser Leben und unsere Gesellschaft bereits massiv verändert hat und dies weiter tun wird, umzugehen? Wie können alle Bürger teilhaben an den Möglichkeiten, die das Internet bietet? Wie könne ihre Interessen geschützt werden? Die Fragen gehören unter der Überschrift Netzpolitik gebündelt. Auch hierzu gibt es keinen Ansatz der Landesregierung.

Dieses wichtige Thema hätte es verdient, weil es so viele Politik- und Rechtsbereiche betrifft, als **Chefsache** in der Staatskanzlei angesiedelt zu werden. Solche Ansätze aber vermisst man völlig. Einzelne Themen werden unabgestimmt ressortbezogen abgearbeitet. Herr Ministerpräsident, das reicht nicht. Man kann sich nicht nur auf die Enquete-Kommission „Digitale Gesellschaft“ des Bundestages verlassen.

Sie müssen die Netzpolitik endlich als Chefsache annehmen. Hier kann ich Ihnen Hilfe der SPD-Fraktion anbieten. Wir arbeiten längst interdisziplinär an dieser Schnittstelle von Innen-, Rechts- und Medienpolitik. Anträge liegen Ihnen von uns bereits vor. Und ich verspreche Ihnen, weitere werden folgen.

Es gilt das gesprochene Wort!

**Freuen Sie sich also auf das Jahr 2011. Meine Fraktion tut es!**

**Vielen Dank!**